

## Verkehrsausschuss am 2. Oktober 2024

### TOP 5: Stellungnahme Frank Buß zum Entwurf des Landesmobilitätsgesetz

Der Entwurf des Landesmobilitätsgesetzes ist nach jahrelangen Diskussionen in der Anhörung gekommen. Wir Freien Wähler sind froh, dass viele vollkommen unrealistische Ziele schrittweise weggefallen sind. Doch auch in der vorliegenden Fassung ist dieses Gesetz nicht überzeugend.

Wir Freien Wähler stehen zur Verkehrswende, zum Ausbau von ÖPNV und zu Verbesserungen bei Rad- und Fußgängerverkehr. Wir sind jedoch nicht überzeugt, dass der Entwurf zum Landesmobilitätsgesetz ein zielführender Beitrag hierzu ist, teilweise sind die Regelungen schlichtweg überflüssig. Deshalb sind einige Anmerkungen zum aktuellen Entwurf erforderlich:

- Der Gesetzesentwurf möchte die Straßenbaulastträger und Verkehrsbehörden verpflichten, beim Bau oder Umbau von Straßen den **öffentlichen Verkehrsraum von parkenden Fahrzeugen zu entlasten**, diese fußgänger- und fahrradfreundlich zu gestalten und zusätzlich die Ladeinfrastruktur zu beachten.

Als Freie Wähler unterstützen wir die grundsätzliche Zielstellung. Die Verkehrswende gelingt jedoch nur, wenn die Menschen durch gute Angebote überzeugt werden. Mit staatlichen Gängelungen erzeugt man nur Widerstand und gerade das Thema „Stellplätze“ ist überaus sensibel. Soweit das Land selbst Straßenbaulastträger ist, steht einer konkreten Umsetzung nichts im Wege und das Land ist insbesondere aufgerufen, die Maßnahmen aus dem Regionalverkehrsplan konsequent umzusetzen.

Hinsichtlich der **kommunalen Baulastträger** sehen wir jedoch einen massiven Eingriff in die kommunale Planungshoheit und in die kommunale Selbstverwaltung. Statt mit mehr Bürokratie durch enge gesetzliche Regelungen, sehen wir diese Aufgabe bei den Gemeinderäten gut aufgehoben. Die Landesregierung wäre gut beraten, den Städten und Gemeinden mehr Vertrauen zu schenken und sie bei diesem Transformationsprozess finanziell nach Kräften zu unterstützen.

- Auch der Ausbau des **überörtlichen, regionalen Radwegeverkehrs** ist ein wichtiges Ziel, das wir Freien Wähler nachdrücklich unterstützen.

Wie alle Straßenbauprojekte ist jedoch der Ausbau des Radwegenetzes eine zähe Angelegenheit, insbesondere in den dichtbesiedelten urbanen Siedlungsbereichen. Als Bürgermeister in Plochingen kann ich von den Problemen beim Radschnellwegbau ein Lied singen. Hier zeigt sich, dass gute Projekte aufgrund der Überregulierungen mit sich teilweise widersprechenden Vorgaben nur schleppend vorangehen und es oft die Akzeptanz der Bürgerschaft fehlt.

Hier brauchen wir Verfahrensvereinfachungen, keine zusätzliche Bürokratie. Deshalb teilen wir die Auffassung, dass zusätzliche Radverkehrskoordinatoren auf Landkreisebene nicht zielführend sind. Eine übergeordnete Koordination schadet nicht. Wir sehen hier jedoch keinen Stellenzuwachs bei der Regionalverwaltung.

- Die Veränderung der **Fahrzeugflotten** ist richtig und wird bei den Ausschreibungen der Landkreise bereits umgesetzt. Dies ist allerdings mit hohen Investitionen in die Ladeinfrastruktur und deutlichen Kostensteigerungen bei den Fahrzeugen verbunden, die wiederum direkt in die Kalkulation einfließen. Die Analyse der Regionalverwaltung und die Forderung nach Zuschüssen wird von uns unterstützt.

Die bundesgesetzliche Regelung ist als Grundlage hierfür völlig ausreichend. Warum BW als einziges Bundesland zusätzliche gesetzliche Regelungen einführen möchte, ist aus unserer Sicht unnötig, zusätzlicher bürokratischer Aufwand und führt zu einer weiteren Verteuerung des ÖPNV. Auf diese Regelung kann verzichtet werden.

- Die verpflichtende Bereitstellung von **Mobilitätsdaten** ist eine neue, zusätzliche Aufgabe, die konnexitätsrelevant ist. Wir gehen davon aus, dass das Land den Aufwand vollständig ersetzt.
- Die Regionalverwaltung beurteilt die Einführung eines Mobilitätspasses kritisch. Die Ausführungen sind nachvollziehbar und richtig. Wir haben das Gefühl, das Land will sich aus seiner Finanzierungsverantwortung stehlen und die Kommunen als Geldeintreiber zur Erfüllung einer Landesaufgabe missbrauchen möchte. Der Verband Region Stuttgart, die Landkreise sowie die Städte und Gemeinden sind nicht der Ausfallbürge des Landes.

Deshalb lehnen wir einen Mobilitätspass in dieser Form entschieden ab.